



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Mittwoch, den 16. März 1887.

Nr. 126.

Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die auswärtigen, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneuern zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir sogleich die Stärke der Auflage feststellen können. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir aus den politischen Tagesereignissen, aus den gewöhnlich so interessanten Kammerberichten, aus den lokalen und provinziellen Begebnissen darbieten, die Schnelligkeit unserer Nachrichten ist so bekannt, daß wir es uns versagen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas zuzufügen. Ebenso werden wir auch ferner für ein interessantes und spannendes Feuilleton Sorge tragen.

Der Preis der täglich zweimal erscheinenden Stettiner Zeitung beträgt außerhalb auf allen Postanstalten vierteljährlich nur zwei Mark, in Stettin in der Expedition monatlich 50 Pfenninge, mit Bringerlohn 70 Pfg.

Die Redaktion.

Deutschland.

Berlin, 15. März. Der jüngste Prinz des Königs Hauses hat bekanntlich die Namen August Wilhelm, als die des Stammvaters des jetzigen Königsgeschlechts, erhalten, welcher jedoch als Hauptnamen, wie sein Vater, König Friedrich Wilhelm I., Wilhelm hatte. Da der älteste Bruder des neugeborenen Prinzen wie sein Vater und Großvater Wilhelm heißt, so wird letzterer wohl August genannt werden. Der erste Prinz August Wilhelm, Friedrichs des Großen ältester Bruder, war am 9. August 1722 geboren, nach der Thronbesteigung Friedrichs von diesem, der kinderlos war, als Thronfolger „Prinz von Preußen“ genannt und am 12. Juni 1758, also noch nicht 36 Jahre alt, in Oranienburg gestorben. Sein Tod hatte eine ganze Sagenbildung zur Folge, doch weiß man jetzt aus Gatts unlängst erst veröffentlichten Denkschriften, welchen innigen Antheil Friedrich an dem Tode dieses seines Bruders genommen und wie wahr und aufrichtig er ihn betrauert hat. August Wilhelm hatte zwei Söhne: den nachmaligen König Friedrich Wilhelm II. (Großvater unseres Kaisers) und den Prinzen Heinrich, welcher 19 Jahre alt an den Blattern starb und jünger als sein Bruder war. Auch König Friedrich Wilhelm II. hatte Wilhelm zum Hauptnamen, während dessen ältester Sohn, der nachmalige König Friedrich Wilhelm III., desgleichen König Friedrich Wilhelm IV. und unser Kronprinz Friedrich als Hauptnamen erhielten. Das Potent, welches der nachmalige König Friedrich Wilhelm III. von seinem Großvater als Fährlich im Jahre 1777 erhielt, lautete für den Prinzen Friedrich. Letzterer war damals 7 Jahre alt und war 20 Jahre später bei seinem Regierungsantritt erst Generalmajor.

Berlin rüftet sich mit Eifer zu dem bevorstehenden Kaiserfeste. Schon beginnt man hier und da Illuminationskörper anzubringen; so prangen gestern bereits an der Fassade der Kriegsakademie unter den Linden eine Reihe von Sternen, die den Namenszug des Kaisers umschließen. Die Hofräume der Kunstakademie sind in einen Zimmerplatz umgewandelt, und an dem Gebäude selbst erheben sich sechs mächtige Baumstämme, zwischen denen die Kunstwerke und Dekorationsarbeiten angebracht werden. Professor Gesellschaft hat seinen Fries, der das Leben unseres Kaisers in einer Reihe von Szenen darstellt, schon vollendet. Das Gemälde ist dieser Tage photographisch aufgenommen worden und wird in dieser Vervielfältigung im Kunsthandel erscheinen. Die Theile des Frieses sind: Königin Luise mit den kleinen Prinzen, — Beginn des Unterrichtes, — Uebung in den Waffen, — Vermählung, — Abschied zum

Kriege, — Kaiserkrönung, — Huldigung Deutschlands.

— Es wird weiteste Kreise interessieren, zu hören, daß der Kaiser am 22. März von nicht weniger als fünfundsüßzig Mitgliedern souveräner Häuser umgeben sein wird. In die Zahl ist jedoch die königlich preussische Familie mit inbegriffen. Das gesammte Gefolge der in- und ausländischen höchsten Herrschaften wird ungefähr dreihundertundfünfzig Personen zählen.

— Wie die „Volks-Zeitung“ erfährt, hätte die Leitung der sozialdemokratischen Partei des Reichstages heute an ihre Parteigenossen in Barel die strikte Weisung ergeben lassen, den freisinnigen Kandidaten bei der bevorstehenden Reichstagswahl nicht zu unterstützen.

— Ueber den gestern noch demontirten Petersburger Attentatsversuch liegen nunmehr auch vier bestätigende Meldungen vor, jedoch nur insoweit, als amtlich zugestanden wird, daß auf dem Wege, welchen das Zarenpaar passiren sollte, mehrere Individuen, welche Sprengstoffe bei sich führten, verhaftet wurden. Weiter wird hinzugefügt, daß der Zar davon nicht sofort Kenntniß erhielt. Die Ueberstufung nach Gatschina war schon früher festgestellt. Die Regierung ließ dieselbe vorübergeben und erstattete dem Zaren erst in Gatschina selbst Bericht über die erfolgten Verhaftungen. Darüber, welcher Partei jene Subjekte mit Sprengstoffen angehören, geben die hier vorliegenden verlässlichen Berichte keine klare Auskunft; dieselben lassen jedoch keinen Zweifel, daß bereits vor dem jüngsten Attentatsversuch sehr zahlreiche Verhaftungen aus den besten Kreisen wegen Verschwörung erfolgten, welche unter ihren Anhängern als konstitutionelle Bewegung bezeichnet wird. Dieser Bewegung schlossen sich auch hohe Beamte und Offiziere an.

Außerdem ist es zweifellos, daß die Stodorrussen Katowischer Richtung und namentlich die orthodoxe Geistlichkeit mehr als bisher auswärts bekannt geworden, für eine russische Aktion auf der Balkanhalbinsel agitiren und dabei selbst ein terroristisches Auftreten nicht scheuen. Ob und inwieweit alle diese Wühlereien parallel oder gemeinsam wirken, ob die Panflavisten mit ihrem Aktionsbestreben und jene konstitutionelle Bewegung irgendwie mit dem geplanten Attentat zusammenhängen, wird hier noch als fraglich betrachtet; immerhin jedoch machten die erwähnten Petersburger Vorgänge einen unangenehmen Eindruck und erweckten Besorgnisse, daß sie Russlands Entschlüsse eventuell auch ungünstig mit Bezug auf die Kriegs- und Friedensfrage beeinflussen könnten. Indessen ist es wahrscheinlicher, daß die düsteren Entendungen den Zaren in seiner Friedenshaltung nur bestärken werden.

Gnesen, 15. März. An Stelle des verstorbenen Abgeordneten Kantat wurde heute für den Wahlkreis Gnesen-Mogilno-Wongrowitz von Jaroschowski (Pole) mit 394 Stimmen zum Landtagsabgeordneten gewählt; v. Unruh (konservativ) erhielt 162 Stimmen.

Ausland.

Kopenhagen, 14. März. (Voss. Ztg.) Nach achtstündiger ziemlich friedlicher Debatte hat das Folkething am Freitag die zweite Lesung des Finanzgesetzes für 1887—88 beendet. Wie nicht anders zu erwarten war, hat das Thing mit wenigen Ausnahmen alle Abstriche an diesem Gesetze wiederholt, welche an dem vorigen vorgenommen wurden und dem Ministerium als Vorwand zur Auflösung dienen mußten. Bei den Bewilligungen für Veranstaltungen auf Grund von provisorischen Gesetzen, wie die Sendamerie und die Außerordentlichen Richter, wurden die Verhandlungen etwas lebhafter, denn jeder Minister mußte sich so gut es gehen wollte gegen die Beschuldigung des Verfassungsverstoßes verteidigen. Sehr übel war der Justizminister daran, den Graf Holstein-Ledreborg wegen des famosen Höchstengerichtsurtheils über die provisorischen Gesetze schonungslos anzugreifen. Er sowohl wie mehrere andere Abgeordnete erklärten dem Minister offen, daß ein solches Urtheil dem Folkething gegenüber, dem verfassungsmäßig die Mitwirkung an dem Erlaß von Gesetzen zukommt, ganz bedeutungslos sei. Justizminister Nellesmann stützte sich in seiner Entgegnung einfach darauf, daß dieses Urtheil eine Folge vorübergehender That-

sachen (Erlaß von provisorischen Gesetzen durch das Ministerium) sei, daß die Regierung mit demselben sehr zufrieden und auf Grund desselben ruhig weiter zu regieren gedenke, bis einmal ein Reichsgerichtsurtheil vorliegen werde. Die verfassungswidrigen Zustände haben also noch Ausflucht auf langen Bestand.

Das Landsting beschäftigte sich am Freitag mit der zweiten Lesung des Gesetzentwurfes, betreffend die Landbefestigung von Kopenhagen. Dieser Gesetzentwurf hätte wohl nach der Verfassung zuerst dem neugewählten Folkething zugehen müssen, da es sich hauptsächlich doch um eine Geldbewilligung handelt, aber die Regierung kannte ja die Meinung dieses Things zu gut und setzte sich deshalb über die Vorschrift hinweg; daß dagegen das Landsting alles bewilligen wird, was für die Befestigung verlangt wird, weiß die Regierung und das genügt ihr. Von Seiten des betreffenden Ausschusses war auch nicht eine Wenderung zu dem Gesetzentwurf beantragt worden, so daß der Referent, Oberst Blom, einfach die unveränderte Annahme der Regierungsvorlage beantragen konnte. Der Führer der Liberalen, Abg. Pedersen, weist aber darauf hin, daß das Folkething sich wiederholt gegen die Befestigung von Kopenhagen erklärt habe; trotzdem habe die Regierung in letzter Zeit merken lassen, daß sie die Befestigung gegen den Willen jenes Things doch durchführen wolle. Dadurch werde das Land in hohem Maße geschädigt, denn die Millionen hätten zu nützlicheren Zwecken Verwendung finden können als zu dieser Festung, die schließlich doch nicht zu halten sei. Auch der Abg. Uffing erblidete in der Befestigung der Hauptstadt eine große Gefahr für das Land, denn bei einem europäischen Kriege würde es sich diese oder jene Großmacht angelegen sein lassen, dieses strategisch wichtigen Punktes sich schleunigst zu versichern. Kriegsminister Bahnsen meint dagegen, daß wenn die Hauptstadt nur einige Zeit gegen einen plötzlichen Ueberfall gesichert sei, so werde Dänemark von der einen oder der anderen Macht wohl noch Hilfe erhalten. Daß die Kosten größer als veranschlagt werden könnten, räumt er ein, aber das Land bezahle damit seine Selbstständigkeit. Abg. Pedersen versichert der Regierung nochmals, daß sie die verlangten Summen auf gesetzliche Weise nie bewilligt erhalten werde. Der Uebergang des Gesetzentwurfes zur dritten Lesung wird schließlich mit 37 gegen 15 Stimmen angenommen.

Petersburg, 15. März. Verworrene Gerüchte über ein versuchtes, zum Glück mißlungenes Sprengbomben-Attentat durchschwirren die Residenz. Ich höre aus sonst guter Quelle Folgendes: Unter den Wagen des gestern von der Panichida-Festungslinie kommenden Kaiserpaars schleuderte in der Nähe des Palais ein Individuum eine Sprengbombe, welche die Gestalt eines Buches hatte. Die Zündvorrichtung desselben sollte durch Anziehen einer in den Händen gehaltenen Schnur funktionieren. Der Attentäter hatte jedoch bei dem Wurf die Schnur aus der Hand verloren, so daß die Bombe nicht explodirte. Der Attentäter wurde sofort ergriffen, desgleichen ein danebenstehender Helfershelfer, der eine Bombe in Gestalt einer Umhängetasche über die Schulter gehängt hatte. Beide sollen auf der Petersburger Seite wohnen und in ihrem Quartier verschiedene fertige Dynamit-Bomben und Sprengmaterial gefunden worden sein. Die geschleuderte Bombe war angeblich sehr stark geladen. Zahlreiche, man sagt 120, Verhaftungen und Hausdurchsuchungen sind vorgenommen.

Petersburg, 12. März. Nachdem der schmerzliche Eindruck des energischen Vorgehens der bulgarischen Regenten gegen die aufständischen Offiziere einigermaßen verwunden, beginnt man in der Residenz, den Intentionen der Regierung Rechnung tragend, ein aktives Vorgehen Russlands wieder als inopportun zu bezeichnen, weil seine abwartende Haltung besser als jedes andere Mittel Deutschlands Hände sowohl betreffs Frankreichs wie im Orient fessele. Von einem andern Standpunkt wird die Sachlage in Moskau betrachtet, als dessen Repräsentant der Historiker Slowaiski seine Stimme in der Presse erschallen läßt. Er steht keinen anderen Ausweg aus dem von Russland selbst geschaffenen bulgarischen Labyrinth als die Wiederherstellung der

Ordnung in Bulgarien durch ein kleines russisches Okkupationskorps, worauf die Sobranje zur Wahl des russischerseits in Vorschlag gebrachten Fürsten, der unbedingt orthodoxer Konfession sein müsse, einzuberufen sei. Nachdem dann die bulgarische Armee einen bestimmten Prozentsatz russischer Offiziere und Russisch, Barua und Sofia aus Russen und Bulgaren zusammengesetzte Garnisonen erhalten habe, und zwar für die Dauer von 10 bis 20 Jahren, könne das Okkupationskorps wieder nach Russland abziehen. Was die Westmächte betrifft, so macht sich der russische Publizist ihres Einspruchs wegen keine Sorgen; keine Macht werde einen Finger zur Verhinderung einer russischen Besetzung Bulgariens rühren. „Läßt Oesterreich sich einfallen, unserem Okkupationskorps den Weg abzuschneiden“, schreibt Slowaiski, „so kann dieses doch vorher die Serben zu einer Erhebung veranlassen, Milan als einen österreichischen Vasallen absetzen, Bosnien und die Herzegowina in Flammen setzen und Montenegro die Hand reichen.“ Sollte Oesterreich vor Besetzung Bulgariens Russland den Krieg erklären, so seien fürs erste Kosaken-schaaren loszulassen, das Uebrige werde sich schon finden. „Doch der Friede ist gesichert und zwar durch die unbestreitbare Thatsache, daß die ungünstigen Bedingungen vorläufig auf Seite unserer Gegner sind. Die ganze Kraft der Berliner Politik besteht darin, Russland ohne Krieg im Orient zu verdrängen und Oesterreich als Vorposten der Germanisation immer weiter und weiter vorzuschieben. Bismarcks Hauptzweck ist, Russlands Aufmerksamkeit von der Orientfrage abzulenken.“

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 16. März. An die Tischlermeister Pommerns ist seitens des Vorstandes der Tischler-Innung zu Stralsund eine Zuschrift ergangen, welche zu einem in Stralsund am 28. d. M. stattfindenden Provinzial-Tischlertage einladet. Es heißt darin u. A.: „Schon seit einer Reihe von Jahren hat sich im Gewerbe das Bedürfnis herausgestellt, sich zu vereinigen, um mit vereinten Kräften gemeinsamen Interessen zu heben und zu fördern. Es existirt seit bald drei Jahren ein Innungsverband unter dem Namen „Bund deutscher Tischler-Innungen“, dessen Sitz und Zentral-Vorstand in Berlin ist. Der Verband bezweckt, sämtliche Tischler-Innungen im deutschen Reich zu einheitlicher Vertretung und kräftigen Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen des deutschen Tischlergewerbes zu vereinigen; da es hierzu jedoch nicht genügt, wenn dem Bunde ca. 250 Innungen angehören, welche sich hauptsächlich aus den größeren Städten zusammensetzen, so ist auf dem letzten Verbandstage der Beschluß gefaßt worden, um an den Bestrebungen des Verbandes auch weitere Kreise theilnehmen zu lassen, Provinzial-Tischlertage einzuberufen, und der Vertreter Stralsunds hat auf dem Verbandstage die Verpflichtung übernommen, mit einem Stettiner Kollegen gemeinschaftliche Schritte einzuleiten, um für Pommern einen Provinzial-Tischler-Verband ins Leben zu rufen.“ Solche Verbände sind in verschiedenen Provinzen (Rheinprovinz, Westfalen, Sachsen, Preußen etc.) unter großer Bethelligung der Innungen und Meister entstanden. Aus Orten, in welchen keine Innung besteht, werden zu dem Provinzial-Tischlertage in Stralsund auch einzelne Tischlermeister als Theilnehmer gern aufgenommen. Bei genügender Vertretung wird dort Herr Obermeister Brandes aus Berlin (Vorsitzender des Zentral-Vorstandes) auch in Stralsund gegenwärtig sein und in einem Vortrage über Zwecke und Ziele des Verbandes sprechen. — Die definitive Tages- und Geschäftsordnung, Wahl der Referenten etc. wird in einer Vorversammlung am 27. März im Hotel „König von Preußen“ festgestellt werden. Die provisorische Tagesordnung enthält folgende Punkte: Bericht über die deutschen Tischlertage in Berlin (eventuell Vortrag des Herrn Brandes); Besprechung über den Nutzen der Errichtung eines Bezirksverbandes für Pommern und Rügen; Konstituierung desselben und Vorstandswahl; Festsetzung des Ortes für die nächste Versammlung.

— Im Ober-Post-Direktions-Bezirk Stettin betrug die Einnahme an Wechselstempelsteuer im

